

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Aus dem Vorwort zur ersten Auflage	VI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Auswahl der herangezogenen Literatur	XXIV

1. Teil: Einführung in das Bürgerliche Recht 1

§ 1 Recht und Privatrecht (Bürgerliches Recht und Sonderprivatrecht) . .	1
I. Recht	1
1. Begriff und Bedeutung	1
2. Abgrenzungen	2
3. Recht im formellen und im materiellen Sinne	4
4. Zwingendes und nachgiebiges Recht	4
5. Rechtsquellen	5
a) Geschriebenes (positives, gesetztes) Recht	5
(1) Gesetze	5
(2) Rechtsverordnungen	5
(3) Satzungen	5
b) Ungeschriebenes Recht (Gewohnheitsrecht)	5
c) Konkurrenz von Rechtsnormen	6
II. Privatrecht	6
1. Begriff	6
2. Allgemeines Privatrecht – Bürgerliches Recht	6
3. Besonderes Privatrecht	7
§ 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	8
I. Entstehung des BGB	8
II. Gründe für die Schaffung des BGB	9
III. Entwicklung des BGB	9
IV. Anwendungs- und Geltungsbereich	10
1. Zeitlicher Anwendungsbereich	10
2. Räumlicher Anwendungsbereich	10
3. Sachlicher Anwendungsbereich	11
V. Zentrale Prinzipien des BGB	11
1. Privatautonomie	11
a) Vertragsfreiheit	12
b) Eigentumsfreiheit	12

c)	Testierfreiheit	12
d)	Vereinigungsfreiheit	13
2.	Weitere Prinzipien	13
VI.	Inhalt und Regelungstechniken des BGB	15
1.	Inhalt des BGB	15
a)	Allgemeiner Teil (Buch 1).	15
b)	Recht der Schuldverhältnisse (Buch 2).	15
c)	Sachenrecht (Buch 3).	15
d)	Familienrecht (Buch 4)	15
e)	Erbrecht (Buch 5)	15
2.	Regelungstechniken des BGB	15
a)	Ausklammerungsmethode	15
b)	Verweisungstechnik.	16
c)	Legaldefinitionen	16
d)	Fiktionen	17
e)	Auslegungsregeln	17
f)	Gesetzliche Vermutungen.	17
g)	Regelungen zur Verteilung der Beweislast	18
§ 3	Grundlagen der Rechtsanwendung/Methode der Fallbearbeitung	18
I.	Überblick.	19
II.	Aufbau der Norm.	19
III.	Methode der Gesetzesanwendung, Fallbearbeitung.	20
1.	Vorgehensweise bei der Gesetzesanwendung.	21
2.	Ermittlung des Anspruchsziels, Auffinden der Anspruchsgrundlage	21
3.	Gutachtenstil.	22
IV.	Gesetzesauslegung	23
1.	Bedeutung.	23
2.	Auslegungsmethoden	24
a)	„Viererkanon“ der Auslegung	24
(1)	Grammatikalische Auslegung.	24
(2)	Systematische Auslegung.	25
(3)	Historische Auslegung	25
(4)	Teleologische Auslegung	26
b)	Sonstige Prinzipien der Auslegung.	26
(1)	Verfassungskonforme Auslegung	26
(2)	Europarechtskonforme Auslegung	27
V.	Besondere Methoden der Rechtsanwendung	27
1.	Analogieschluss	27
2.	Umkehrschluss	28
3.	Erst-recht-Schluss.	28
4.	Teleologische Reduktion.	29

2. Teil: Subjekte, subjektive Rechte und Rechtsobjekte	30
§ 4 Subjekte: Natürliche und juristische Personen.	30
I. Begriff des Rechtssubjekts	30
II. Natürliche Personen	31
1. Beginn und Ende der Rechtsfähigkeit.	31
2. Rechtsstellung des werdenden Menschen – nasciturus	33
3. Unterscheidung zwischen Rechtsfähigkeit und Handlungs- fähigkeit	34
4. Wohnsitz und Name der natürlichen Person	37
a) Wohnsitz	37
b) Name und Namensschutz	38
(1) Bedeutung und Rechtsnatur.	38
(2) Gegenstand des Namensschutzes	39
(3) Beeinträchtigungen des Namensrechts	40
(4) Folgen der Verletzung des Namensrechts	40
III. Juristische Personen	41
1. Begriff und Formen	41
2. Gründe für die Anerkennung von juristischen Personen	42
3. Teilrechtsfähigkeit juristischer Personen	43
4. Entstehung juristischer Personen	44
5. Abgrenzung zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts und zum nichtrechtsfähigen Verein	45
§ 5 Subjektive Rechte	45
I. Begriff und Bedeutung.	46
II. Unterscheidung subjektiver Rechte	46
1. Unterscheidung nach dem Inhalt	46
a) Persönlichkeitsrechte	46
b) Herrschaftsrechte	47
c) Familienrechte	49
d) Anteilsrechte und Mitgliedschafts- bzw. Gesellschafter- rechte	49
e) Gestaltungsrechte	49
f) Ansprüche	50
2. Unterscheidung nach der Person des Verpflichteten	52
3. Entstehung bzw. Erwerb subjektiver Rechte	53
4. Untergang subjektiver Rechte	54
§ 6 Rechtsobjekte	55
I. Begriff und Abgrenzungen.	55
II. Sachen.	57
1. Begriff und Abgrenzungen	57
2. Unterscheidungen von Sachen	57
a) Bewegliche und unbewegliche Sachen	57
b) Vertretbare und nicht vertretbare Sachen	58
c) Verbrauchbare und nicht verbrauchbare Sachen	58

d)	Teilbare und unteilbare Sachen	59
e)	Sache und Sachgesamtheit	59
f)	Hauptsachen und Nebensachen	60
3.	Wesentliche Bestandteile	60
4.	Zubehör	63
5.	Nutzungen	65
III.	Tiere	66
IV.	Rechte	66
3. Teil:	Rechtsgeschäftslehre	68
§ 7	Das Rechtsgeschäft	68
I.	Bedeutung und Begriff des Rechtsgeschäfts	68
1.	Bedeutung und Funktion	68
2.	Begriff des Rechtsgeschäfts	69
a)	Herbeiführung einer Rechtsfolge	69
b)	Willenserklärung(en) als wesentlicher Inhalt des Rechtsgeschäfts	71
c)	Weitere Erfordernisse	72
II.	Unterscheidung zwischen Verpflichtungs- und Verfügungsge- schäft – Trennungs- und Abstraktionsprinzip	72
1.	Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte	72
2.	Trennungs- und Abstraktionsprinzip	75
§ 8	Kern der Rechtsgeschäftslehre: Die Willenserklärung	78
I.	Begriff der Willenserklärung	78
II.	Struktur der Willenserklärung	79
1.	Äußerer (objektiver) Tatbestand einer Willenserklärung	80
2.	Innerer (subjektiver) Tatbestand einer Willenserklärung	81
a)	Handlungswille	81
b)	Erklärungswille	81
c)	Geschäftswille	82
d)	Folgen von Willensmängeln	83
III.	Abgrenzungen	86
IV.	Wirksamwerden der Willenserklärung im Rechtsverkehr	88
1.	Wirksamwerden nicht empfangsbedürftiger Willenserklä- rungen	90
2.	Wirksamwerden empfangsbedürftiger Willenserklärungen	91
a)	Wirksamwerden bei Abgabe in Abwesenheit des Emp- fängers	91
(1)	Abgabe der Willenserklärung	91
(2)	Zugang der Willenserklärung	94
(a)	Begriff und Voraussetzungen des Zugangs	94
(b)	Verhinderung und Verzögerung des Zugangs	100
(c)	Widerruf der Willenserklärung	102

	(d) Wirksamwerden bei Ersatz des Zugehens durch Zustellung	103
	(e) Beweislast für das Wirksamwerden einer Willenserklärung	104
	b) Wirksamwerden bei Abgabe in Anwesenheit des Empfängers	106
	c) Wirksamwerden bei Abgabe einer Willenserklärung gegenüber geschäftsunfähigen und beschränkt geschäftsfähigen Personen	108
V.	Nichtigkeit von Willenserklärungen	111
	1. Begriff der Nichtigkeit	112
	2. Nichtigkeitsgründe	112
	a) Geschäftsunfähigkeit	112
	(1) Ausgangspunkt: Begriff der Geschäftsfähigkeit und Bedeutung der §§ 104 ff.	112
	(2) Begriff der Geschäftsunfähigkeit	115
	(3) Voraussetzungen der Geschäftsunfähigkeit	115
	(4) Rechtsfolgen der Geschäftsunfähigkeit	118
	b) Sonstige Gründe für die Nichtigkeit von Willenserklärungen	120
	(1) Geheimer Vorbehalt (§ 116)	121
	(2) Scheingeschäft (§ 117)	122
	(3) Mangel der Ernstlichkeit (§ 118)	129
VI.	Auslegung von Willenserklärungen	131
	1. Bedeutung und Grundfragen der Auslegung	132
	2. Auslegung empfangsbedürftiger Willenserklärungen	134
	3. Auslegung nicht empfangsbedürftiger Willenserklärungen	137
VII.	Besonderheit: Zur rechtlichen Bedeutung des Schweigens	138
	1. Grundsatz: Schweigen als rechtliches Nullum	138
	2. Ausnahme: Gesetzliche Vorschriften, die einem Schweigen Erklärungswert beimessen	140
	3. Ausnahme: § 242 als Grundlage, einem Schweigen Erklärungswert beizumessen	141
§ 9	Der Vertrag	143
I.	Bedeutung des Vertrags und Vertragsfreiheit	143
II.	Zustandekommen von Verträgen	149
	1. Ausgangspunkt	150
	2. Angebot	150
	a) Begriff und Voraussetzungen	150
	b) Bindungswirkung des Angebots	154
	c) Erlöschen des Angebots	156
	3. Annahme	158
	a) Begriff und Bedeutung der Annahme	158
	b) Rechtzeitigkeit der Annahme	159
	(1) Rechtzeitigkeit bei fehlender Bestimmung einer Annahmefrist	159

(2) Rechtzeitigkeit bei Bestimmung einer Annahmefrist	161
(3) Fiktion der Rechtzeitigkeit der Annahme	163
c) Verspätete und abweichende Annahme	164
d) Entbehrlichkeit des Zugangs der Annahme	165
4. Vertragsschluss bei Tod oder Geschäftsunfähigkeit des Antragsenden	168
5. Vertragsschluss bei Versteigerung.	169
6. Dissens	171
7. Vertragsauslegung	175
III. Kontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen in Verträgen.	177
1. Grund für die Kontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	178
2. Anwendbarkeit der §§ 305 ff.	179
a) Vorliegen von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	179
b) Ausschluss der AGB-Kontrolle	181
3. Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	182
4. Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	186
a) Ermittlung des Inhalts von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	186
b) Kontrollfähigkeit von AGB nach § 307 Abs. 3	187
c) Durchführung und Anforderungen der Inhaltskontrolle	188
5. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	189
IV. Regelungen zum Schutz des Verbrauchers bei Vertragsschluss	190
§ 10 Mangelhafte Rechtsgeschäfte	194
I. Nichtig Rechtsgeschäfte	195
1. Begriff der Nichtigkeit	197
2. Nichtigkeitsgründe.	197
a) Formmangel	198
(1) Grundsatz der Formfreiheit und Ausnahme der Formbedürftigkeit	198
(2) Gesetzlich geregelte Formarten	201
(a) Schriftform	202
(b) Elektronische Form	207
(c) Textform	208
(d) Notarielle Beurkundung.	209
(e) Öffentliche Beglaubigung	214
(f) Weitere gesetzlich bestimmte Formarten.	216
(3) Rechtsfolgen bei Formverstößen	217
(a) Grundsätzliche Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts	217
(b) Heilung formnichtiger Rechtsgeschäfte	220

	(c) Unbeachtlichkeit der Formnichtigkeit nach § 242	223
	(4) Rechtsgeschäftlich vereinbarte Form.	226
b)	Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134).	231
c)	Sittenwidrigkeit (§ 138)	239
	(1) Bedeutung des § 138	239
	(2) Voraussetzungen des § 138 Abs. 1	240
	(3) Begründung der Sittenwidrigkeit	242
	(4) Bedeutsame Fallgruppen	245
	(a) Bereich von Ehe und Familie	245
	(b) Kommerzialisierung höchstpersönlicher Güter, insb. der Sexualität und sonstiger nicht handelbarer Positionen.	246
	(c) Schädigung Dritter und der Allgemeinheit	248
	(d) Verstöße gegen berufsständische Werte	249
	(e) Fremdbestimmung statt Selbstbestimmung	250
	(f) Wucher	251
	(g) Wucherähnliche Geschäfte	253
	(5) Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit.	254
3.	Folgen der Nichtigkeit	255
	a) Ausgangspunkt: Unwirksamkeit des Rechtsgeschäfts.	255
	b) Teilnichtigkeit eines Rechtsgeschäfts	256
	c) Umdeutung eines nichtigen Rechtsgeschäfts	261
	d) Bestätigung des nichtigen Rechtsgeschäfts	265
II.	Schwebend unwirksame Rechtsgeschäfte.	268
III.	Relativ unwirksame Rechtsgeschäfte.	270
IV.	Vernichtbare Rechtsgeschäfte – Anfechtung.	274
	1. Begriff der Vernichtbarkeit (Anfechtbarkeit)	275
	2. Voraussetzungen wirksamer Anfechtung.	276
	a) Zulässigkeit der Anfechtung.	277
	b) Vornahme der Anfechtung.	279
	(1) Rechtsnatur der Anfechtung	280
	(2) Rechtsnatur und Inhalt der Anfechtungserklärung	280
	(3) Anfechtungsgegner	281
	c) Anfechtungsrecht	283
	(1) Entstehung des Anfechtungsrechts durch Anfechtungsgrund	284
	(a) Anfechtbarkeit wegen Irrtums nach § 119 und wegen falscher Übermittlung nach § 120	285
	(aa) Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 1)	286
	(bb) Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 2).	291
	(cc) Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2)	292
	(dd) Falsche Übermittlung (§ 120)	295
	(b) Anfechtbarkeit wegen Täuschung oder Drohung (§ 123).	297

(2)	Kein Erlöschen des Anfechtungsrechts durch Ablauf der Anfechtungsfrist.	304
(a)	Anfechtungsfrist bei Irrtum und falscher Übermittlung	304
(b)	Anfechtungsfrist bei arglistiger Täuschung und widerrechtlicher Drohung	305
(3)	Kein Erlöschen des Anfechtungsrechts durch Bestätigung	307
3.	Folgen wirksamer Anfechtung.	307
a)	Nichtigkeit ex tunc	307
b)	Ersatz des Vertrauensschadens	310
§ 11	Bedingung und Befristung; Zustimmung	311
I.	Bedeutung von Bedingung und Befristung	312
II.	Bedingung	312
1.	Begriff und Arten der Bedingung.	312
2.	Gegenstand der Bedingung	314
3.	Zulässigkeit von Bedingungen.	315
4.	Rechtsfolgen bei Bedingungseintritt und Bedingungs- ausfall	316
5.	Schutz des bedingt Berechtigten.	317
III.	Befristung	319
IV.	Zustimmung	320
1.	Begriff und Bedeutung	320
2.	Vorherige Zustimmung – Einwilligung.	322
3.	Nachträgliche Zustimmung – Genehmigung.	323
4.	Verfügung eines Nichtberechtigten.	324
§ 12	Rechtsgeschäftliches Handeln Minderjähriger.	325
I.	Beschränkte Geschäftsfähigkeit	327
1.	Begriff und erfasster Personenkreis	327
2.	Grundsatz der Einwilligungsbedürftigkeit von Rechtsge- schäften des Minderjährigen	328
a)	Ausgangspunkt.	328
b)	Rechtlich (nicht) lediglich vorteilhafte Rechtsgeschäfte.	332
(1)	Allgemeine Grundsätze	332
(2)	Beurteilung im Einzelnen.	335
(a)	Verpflichtungsgeschäfte	335
(b)	Verfügungsgeschäfte.	337
(c)	Gestaltungsakte.	340
(d)	Geschäftsähnliche Handlungen	341
(e)	Annahme einer geschuldeten Leistung.	341
(f)	Neutrale Rechtsgeschäfte	342
c)	Einwilligung des gesetzlichen Vertreters.	343
3.	Folgen fehlender Einwilligung bei Abschluss von Verträgen	346
a)	Ausgangspunkt: Schwebende Unwirksamkeit	346

b)	Genehmigungsfähigkeit	347
c)	Widerruf	350
d)	Wirksamwerden des Verpflichtungsgeschäfts durch Bewirkung der vertragsmäßigen Leistung des Minderjäh- rigen	351
4.	Folgen fehlender Einwilligung bei einseitigen Rechtsge- schäften	354
II.	Teilgeschäftsfähigkeit	356
§ 13	Rechtsgeschäftliches Handeln für Dritte: Die Stellvertretung	360
I.	Begriff, Bedeutung und Prüfungsaufbau	361
1.	Begriff des Rechtsinstituts der Stellvertretung	361
2.	Bedeutung der Stellvertretung	362
3.	Aufbau der Prüfung eines wirksamen rechtsgeschäftlichen Handelns durch Stellvertretung	363
II.	Voraussetzungen und Folgen eines wirksamen rechtsgeschäftli- chen Handelns durch einen Stellvertreter (aktive Stellvertre- tung)	365
1.	Voraussetzungen	365
a)	Zulässigkeit der Stellvertretung	365
b)	Eigene Willenserklärung des Vertreters	365
c)	Handeln im fremden Namen	368
d)	Vertretungsmacht	371
(1)	Begründung von Vertretungsmacht	371
(a)	Gesetzliche Vertretungsmacht	371
(b)	Organschaftliche Vertretungsmacht	372
(c)	Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht	372
(aa)	Erteilung der Vollmacht	372
(bb)	Erlöschen der Vollmacht	379
(cc)	Rechtsscheinhaftung	382
(2)	Zur Vertretungsmacht bei Insihgeschäften	386
2.	Folgen wirksamer Stellvertretung	389
III.	Voraussetzungen und Folgen eines wirksamen rechtsgeschäftli- chen Handelns gegenüber einem Stellvertreter (passive Stellver- tretung)	390
1.	Voraussetzungen	390
2.	Folgen wirksamer Stellvertretung	392
IV.	Vertretung ohne Vertretungsmacht	393
1.	Folgen fehlender Vertretungsmacht bei Abschluss von Ver- trägen	393
a)	Schwebende Unwirksamkeit des Vertrags – Genehmi- gungsfähigkeit	393
b)	Widerrufsrecht des anderen Teils	394
c)	Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht	395
2.	Folgen fehlender Vertretungsmacht bei einseitigen Rechts- geschäften	398

4. Teil: Fristen, Verjährung, Rechtsausübung, Sicherheitsleistung	401
§ 14 Fristen und Termine	401
I. Begriffe und Bedeutung	401
II. Fristbeginn	402
III. Fristende	403
IV. Regelungen zur Länge von Fristen	404
§ 15 Verjährung	405
I. Begriff und Bedeutung	405
II. Verjährungsfristen	407
III. Beginn der Verjährung	408
1. Beginn der regelmäßigen Verjährungsfristen und Höchstfristen	408
2. Beginn anderer Verjährungsfristen	410
IV. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn der Verjährung	411
V. Rechtsfolgen der Verjährung	413
VI. Dispositivität des Verjährungsrechts	415
§ 16 Schranken und Schutz der Rechtsausübung	415
I. Freiheit der Rechtsausübung	416
II. Unzulässige Rechtsausübung	416
1. Schikaneverbot	416
2. Unzulässige Rechtsausübung nach § 242	417
3. Unzulässige Rechtsausübung nach § 826	418
III. Schutz der Rechtsausübung	419
1. Selbstverteidigung	419
a) Notwehr	419
b) Notstand	420
2. Selbsthilfe	422
§ 17 Sicherheitsleistung	423
A. Wichtige Entscheidungen	426
1. Bundesverfassungsgericht	426
2. Bundesgerichtshof	426
3. Reichsgericht	427
B. Schemata	428
Schema 1: Prüfungsaufbau zivilrechtlicher Ansprüche	428
Schema 2: Prüfung eines Erfüllungsanspruchs aus Vertrag	428
I. Anspruch entstanden (Prüfung des Vertragsschlusses und rechtshindernder Einwendungen)	428
II. Anspruch nicht untergegangen (Prüfung rechtsvernichtender Einwendungen)	428

III.	Anspruch nicht einredebehaftet (Prüfung rechtshemmender Einreden)	429
IV.	Rechtsfolge	429
Schema 3:	Prüfung des Vertragsschlusses durch Antrag und Annahme .	429
I.	Wirksamer Antrag (Angebot)	429
II.	Wirksame und rechtzeitige Annahme	430
Schema 4:	Prüfung des Vorliegens einer wirksamen Willenserklärung .	430
I.	Vorliegen einer Willenserklärung	430
II.	Wirksamkeit der Willenserklärung	431
Schema 5:	Kontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) . .	432
I.	Anwendbarkeit der §§ 305 ff.	432
II.	Einbeziehung in den Vertrag	433
III.	Inhaltskontrolle	433
IV.	Rechtsfolgen der AGB-Kontrolle	434
Schema 6:	Prüfung der Nichtigkeit eines Rechtsgeschäfts nach § 134 .	434
I.	Voraussetzungen	434
II.	Rechtsfolge	435
Schema 7:	Prüfung der Nichtigkeit eines Rechtsgeschäfts nach § 138	
Abs. 1	435
I.	Voraussetzungen	435
II.	Rechtsfolge	437
Schema 8:	Prüfung der Nichtigkeit eines Rechtsgeschäfts nach § 142	
Abs. 1	437
I.	Zulässigkeit der Anfechtung	437
II.	Vornahme der Anfechtung	437
III.	Wirksamkeit der Anfechtung	438
IV.	Rechtsfolgen	440
Schema 9:	Prüfung eines Anspruchs auf Ersatz des Vertrauensschadens nach § 122 bei Anfechtung	440
I.	Voraussetzungen	440
II.	Rechtsfolge	440
Schema 10:	Prüfung eines wirksamen Vertragsschlusses unter Beteiligung eines beschränkt geschäftsfähigen Minderjährigen (§§ 106 ff.)	441
I.	Zustandekommen des Vertrags	441
II.	Wirksamkeit des Vertrags	441
Schema 11:	Prüfung eines wirksamen Vertragsschlusses durch Stellvertretung auf Seiten des Antragenden	442
I.	Zustandekommen eines Vertrags zwischen Vertretenem und Drittem	442
II.	Wirksamkeit des Vertrags	443
Schema 12:	Prüfung der wirksamen Vornahme eines einseitigen Rechtsgeschäfts durch aktive Stellvertretung	444
I.	Vornahme des einseitigen Rechtsgeschäfts	444
II.	Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts	444

Schema 13: Prüfung der Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht nach § 179	445
I. Voraussetzungen der Haftung	445
II. Rechtsfolgen	445
C. Definitionen	446
Stichwortverzeichnis	459